

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 124 (1998)
Heft: 15

Artikel: Die geplante Mega-Koalition : Bericht vom Bonner Hühnerhof
Autor: Johansen, Anatol / Swen [Wegmann, Silvan]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-602866>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 25.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die geplante Mega-Koalition

Bericht vom Bonner Hühnerhof

Anatol Johansen

NUR wenige Wochen ist die neue deutsche Regierung im Amt – und schon lüftet sich ein Geheimnis, das bislang als undurchdringlich galt. Wie kommt es nur, hatte sich das Wahlvolk gefragt, dass der neue deutsche Regierungschef Gerhard Schröder beim Kanzlerwechsel so bereitwillig in den Chor der abgewählten CDU einstimmt, wenn es darum ging, die «historischen Verdienste» seines Amtsvorgängers Kohl um die Wiedervereinigung Deutschlands und die Einheit Europas hochzujubeln.

Schliesslich ist die deutsche Einigung nicht etwa auf einen politischen Genius am Ufer des Rheins zurückzuführen, sondern auf die Grosszügigkeit und politische Vernunft eines Michail Gorbatschows. Es hätte schon eines ganz aussergewöhnlichen Deppens bedurft, die von Gorbi vor neun Jahren eröffnete Chance nicht zu nutzen. Und ein solcher Trottel war ja Kohl nun wiederum auch nicht.

Ähnlich ist es auch mit der europäischen Einigung. Auch sie ist keine Kohl'sche Erfindung. Nicht der Rundlich-Kanzler – der sich gern als europäischer «Visionär» feiern liess – hat die Grundlagen für ein vereintes Europa gelegt. Das waren De Gaulle und Adenauer und eine Reihe europäischer Staatsmänner, die ihnen folgten. Der schwergewichtige Pfälzer hat nur tüchtig weitergestrickt, was er geerbt hat. Aber den Richtkranz über dem europäischen Gebäude konnte auch er nicht mehr aufziehen.

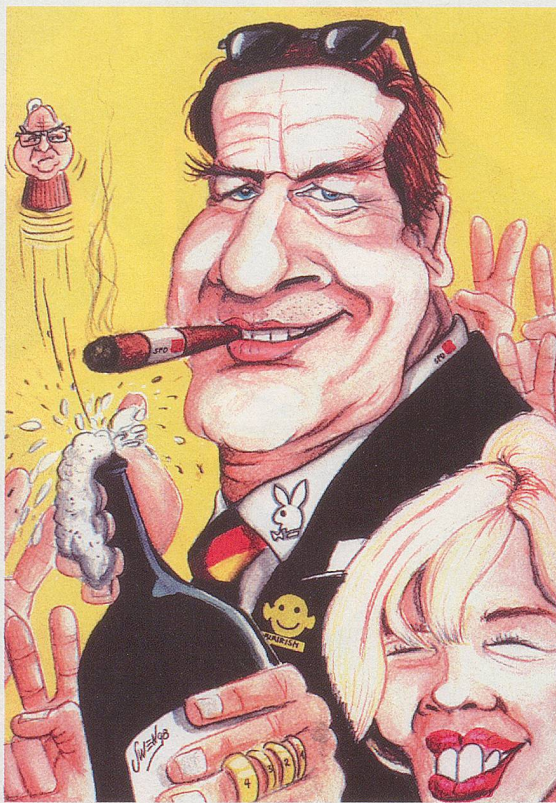
Dafür sorgte schon seine eigene Wirtschaftspolitik. Ausgerechnet die Partei, die immer verlauten liess, dass «die Sozis nicht mit Geld umgehen können», fuhr die Karre in den Dreck. So intensiv bastelte Selbstdarsteller

Kohl an seinem Image und den erhofften Eintragungen in die Annalen der deutschen, nein, der europäischen – ach, was – der Weltgeschichte, dass ihm zu spät auffiel, dass ihn mehr als vier Millionen Arbeitslose das Amt kosten würden. Auch war ihm entgangen, dass die Bestverdienenden, die zum Beginn seiner Amtszeit noch erheblich zum deutschen Steueraufkommen beitrugen, zum Schluss der Kohl-Session derartige Zahlungen nur noch den mittle-

in Prozenten ihres Einkommens gemessen – ganz erheblich schwerer als diejenigen, die zehn-, zwanzig- oder mehr tausend Mark abschleppen. Auch der versprochene grosse Subventionsabbau, die alles umkrempelende Steuerreform ähneln inzwischen mehr dem Hühner-Gescharre im Hof als dem kühnen Fluge des Adlers. Und schliesslich ballt auch der im Wahlkampf so heiss umworbene Mittelstand angesichts der neuen Gesetzgebung schon jetzt die Faust in der Tasche.

Für Kontinuität ist also gesorgt. Die schweren Fehler, die Kohl erst zum Ende seiner Amtszeit unterliefen, baut die neue Regierung gleich von Anfang an ein. Das schafft einen reibungslosen Übergang – und eröffnet darüber hinaus schöne neue Möglichkeiten. Denn bei derart geringen politischen Unterschieden liesse sich die SPD problemlos und kostensparend in der CDU-CSU-Fraktion unterbringen. Man hätte eine neue Einheitspartei EPI (Einheitspartei Politischer Inkompetenz) – und die am Machterhalt interessierte Politische Klasse könnte dann auch jene jungen Leute endlich mundtot machen, die da in Deutschland mit ihrer Initiative «Mehr Demokratie» schon seit Jahren nach einem politischen Korrektiv verlangen – wobei sie in ihren Forderungen natürlich viel zu weit gehen.

Immerhin fordern sie solche Ungeheuerlichkeiten wie Volksbegehren und allgemeine Abstimmungen bei wichtigen, die Nationen angehenden Fragen. Selbst ihren Bundespräsidenten würden die Deutschen gern direkt wählen. Aber das geht ja nun wirklich zu weit. Ich bitte Sie – wo kämen wir denn da hin, wenn das deutsche wie das schweizerische Volk über seine eigenen Belange selbst entscheiden können sollte...



ren und unteren Einkommen überliessen – wofür er bei der Wahl prompt die Quittung bekam.

Woher also die SPD-Bewunderung für den Abgewählten? Es gibt nur eine Erklärung. Die Sozialdemokraten beherrscht die Furcht, es noch schlechter zu machen. Ein erfolgreicher Anfang ist schon gesetzt. Die für Januar avisierte Erhöhung der Heizöl-, Erdgas- und Benzin-Preise trifft die Kleinen, die mit zwei- oder dreitausend Mark im Monat nach Hause gehen –